

GNZ

10.11.19

Gegenwind als Umweltverband anerkannt

Windkraftgegner freuen sich über Klagemöglichkeit, ziehen Bilanz und blicken in eine wenig verheißungsvolle Zukunft

Bad Orb (re). Zum Jahresende erhielt der Verein Gegenwind Bad Orb vom Umweltbundesamt eine erfreuliche Meldung. Dem Verein wurde die „Anerkennung zur Einlegung von Rechtsbehelfen“ erteilt. Damit erhält Gegenwind Mitwirkungs- und Klagerechte als anerkannte Umweltvereinigung.

Der Geltungsbereich bezieht sich auf den hessischen Spessart, definiert durch die Gemeindegrenzen. Zum Geltungsbereich zählen unter anderem Bad Orb, Bad Soden-Salmünster, Steinau, Jossgrund, Flörsbachtal, Gutsbezirk Spessart und das bayerische Deutelbach. Die Zulassung wurde erteilt, da, wie es in einer Pressemitteilung der Windkraftgegner heißt, der Verein vorwiegend Ziele des Umweltschutzes fördert, indem er sich vor allem mit den Auswirkungen der Windenergieanlagen auf Natur und Umwelt auseinandersetzt.

Neben den umfangreichen Dokumentationen, die der Verein über seine Aktivitäten beim Bundesum-

weltamt einreichen musste, seien im vergangenen Jahr noch eine Reihe anderer Aktivitäten unternommen worden, damit „unsere schöne Landschaft, der Wald und die Natur den Bürgern und Gästen für Erholung, Ruhe und Gesundheit erhalten bleiben“.

Im Mai des vergangenen Jahres seien – auch mithilfe von Gegenwind Bad Orb – der geplante Bau von vier Windkraftanlagen auf dem Tonkautenkopf bei Bellings, einem Ortsteil von Steinau, verhindert worden. Der Firma Prokon sei in einem überfüllten Saal heftigste Ablehnung von der Bevölkerung entgegengeschlagen. Die Veranstaltung werteten die Bad Orber Windkraftgegner als ein beeindruckendes Beispiel, wie die örtlichen Anwohner auf Windkraftprojekte in ihrer unmittelbaren Umgebung reagieren, wenn ihnen die Vor- und Nachteile gleichwertig vorgetragen werden.

Im Juni erteilte das Regierungspräsidium Darmstadt dem Investor Juwi die Baugenehmigung für sechs Windkraftanlagen auf dem

Rosskopf bei Flörsbachtal. Damit wird nach Überzeugung der Windkraftgegner im Spessart eine Schneise geschlagen, die Investoren für eine Reihe weiterer Windkraftprojekte nutzen werden. Um dies zu verhindern, habe die Bürgerinitiative „Windkraft im Spessart – In Einklang mit Mensch und Natur“ Klage erhoben. Weil der Klageweg sehr kostspielig ist, habe der Vereinsvorstand der Nachbar-BI einen nennenswerten Betrag zur finanziellen Unterstützung zugesagt.

Im August hatte Gegenwind den Ressortleiter für Energietechnik des Deutschen Arbeitgeberverbandes, Dr. Björn Peters, zu Gast. Er beleuchtete die Energiewende von ihren wirtschaftlichen und technischen Seiten und kam zum Ergebnis, dass die deutsche Energiewende in eine Sackgasse geraten ist. Im September führte der Vorstand gemeinsam mit Vereinsmitgliedern aus Bad Soden-Salmünster dort eine Informationsveranstaltung durch. Schwerpunkt war die Vorstellung der vom Regierungspräsi-

dium Darmstadt geplanten Windvorrangflächen um die Stadt und ihre Ortsteile.

Der Druck zum Bau von Windkraftanlagen in Orb, Steinau und Bad Soden-Salmünster wird zunehmen

Die Windkraftgegner bedauern, dass die Herausforderungen und Aufgaben im neuen Jahr nicht abnehmen. Das Hauptaugenmerk lege der Verein derzeit auf die im Frühjahr zu erwartende Genehmigung des Flächennutzungsplanes Erneuerbare Energien Hessen Süd. Die Orber Windkraftgegner rechnen damit, dass der Druck zum Bau von Windkraftanlagen auch in unmittelbarer Nähe von Bad Orb, Bad Soden-Salmünster und Steinau sowie im gesamten Spessart stark zunimmt. Das Thema Windkraft werde in der neuen Hessischen Landesregierung mehr denn je von den Grünen beherrscht. Die grün besetzten Ministerien erarbeiteten die politischen Vorgaben für Bauges-

nehmigungen von Windkraftanlagen, für den Denkmalschutz und für den größten Waldbesitzer Hessenforst. Hier sei nichts Gutes zu erwarten. Zu allem Überfluss würden die Altkreise Gelnhausen und Schlüchtern mit vier Prozent ihrer Fläche weit überproportional mit Windvorrangflächen belastet. Selbst im Naturpark Spessart seien 3,2 Prozent der Flächen für Windkraftanlagen vorgesehen.

Die Windkraftgegner arbeiten auch auf der „politischen Schiene“. Deshalb haben sie Mandatsträger und Bürgermeister der Region und die Fraktionsvorsitzenden der Regionalversammlung nicht nur auf die Problematik von Windvorranggebieten in Wasserschutzgebieten im Buntsandstein-Spessart hingewiesen, sondern auch auf die gesundheitlichen Risiken der Bewohner und der Erholungssuchenden. Einflussnahmen auf die Politik seien umso wirkungsvoller, je mehr Bürger sich melden, appelliert Gegenwind und ermutigt jeden Einzelnen, sich auch persönlich an Mandatsträger zu wenden.